

NIEDERSCHRIFT
ÜBER DIE 16. SITZUNG DES KREISTAGS DES RHEIN-LAHN-KREISES
IN DER 9. WAHLPERIODE AM 18. MÄRZ 2013
IN BAD EMS

Es sind anwesend:

A. Vorsitzender:

Herr Landrat Günter Kern

B. Kreisbeigeordnete:

Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela Bertram	Nievern
Herr Kreisbeigeordneter Helmut Klöckner	Winden
Herr Kreisbeigeordneter Horst Gerheim	Obernhof

C. Mitglieder des Kreistages:

Frau Monika Becker	Winden
Herr Klaus Bingel	Holzhausen
Herr Matthias Boller	Lahnstein
Herr Karl Peter Bruch	Nastätten <i>(bis 18.02 Uhr/bei TOP 6.d)</i>
Herr Bernhard Didinger	Osterspai
Herr Christoph Ferdinand	Lahnstein <i>(ab 16.44 Uhr/bei TOP 1)</i>
Herr Manfred Friesenhahn	Weisel
Herr Raimund Friesenhahn	Dahlheim <i>(bis 18.20 Uhr/bei TOP 7)</i>
Frau Erika Fritsche	Winden
Herr Lars Gemmer	Dahlheim
Herr Carsten Göller	Nochern
Herr Günter Groß	Lahnstein
Herr Werner Groß	Lahnstein
Herr Bernd Hartmann	Gemmerich
Herr Heinz Keul	Fachbach
Herr Horst Klöppel	Katzenelnbogen <i>(ab 17.02 Uhr/bei TOP 5)</i>
Herr Werner Konrad	Lahnstein
Herr Hans-Josef Kring	Lykershausen
Herr Peter Labonte	Lahnstein <i>(bis 18.00 Uhr/nach TOP 6.c)</i>
Herr Matthias Lammert	Diez
Frau Gabriele Laschet-Einig	Lahnstein
Herr Johannes Lauer	Lahnstein <i>(ab 16.52 Uhr/bei TOP 3)</i>
Herr Ulrich Lenz	Katzenelnbogen
Herr Jürgen Linkenbach	Dausenau
Herr Dietmar Meffert	Diez
Herr Leo Neydek	Kemmenau
Herr Josef Oster	Bad Ems

Herr Ernst-Georg Peiter	Miehlen
Herr Frank Puchtler	Oberneisen
Herr Peter Schleenbecker	Katzenelnbogen (ab 16.50 Uhr/bei TOP 1)
Herr Michael Schnatz	Diez
Herr David Schneider	Kestert
Herr Heinz Scholl	Braubach
Frau Nuriye Soyudogan	Katzenelnbogen
Frau Gertrude Stoy-Niel	Kestert
Herr Birk Utermark	Bad Ems
Frau Irmtraud Wahlers	Fachbach
Herr Mike Weiland	Kamp-Bornhofen
Herr Emil Werner	Nastätten
Frau Heike Winter	Miehlen (ab 16.44 Uhr/bei TOP 1; bis 18.20 Uhr/bei TOP 7)
Herr Edi Wolf	Lahnstein
Frau Rita Wolf	Braubach

D. Es fehlen entschuldigt:

Herr Dieter Clasen	Weisel
Herr Karl Werner Jüngst	Niederneisen
Herr Udo Rau	Nassau
Herr Ralph Schleimer	Holzhausen

E. Von der Verwaltung:

Frau Büroleiterin Ute Hahn
Herr stellvertr. Büroleiter Friedhelm Rücker
Herr Geschäftsbereichsleiter Hans-Ulrich Schöberl
Herr Abteilungsleiter Jürgen Nickel
Herr Referatsleiter Ralf Zimmerschied
Herr Abteilungsleiter Markus Feigk
Frau Abteilungsleiterin Andrea Kleinmann
Frau stellvertr. Abteilungsleiterin Petra Hoppe
Herr Joachim Schneider, Geschäftsführer Besuchskommission
Herr Abteilungsleiter Dr. Gerwin Dietze
Herr Abteilungsleiter Bernd Menche
Herr Abteilungsleiter Dieter Petri
Herr Abteilungsleiter Reinhard Labonte
Herr 1. Werkleiter Werner Haupt
Herr Werkleiter Günter Müller
Herr Uwe Gilberg-Rindsfüßer, Pressereferent
Frau Bianca Baldewein, Auszubildende

F. Schriftführer:

Herr Manuel Minor

G. Gäste:

Herr Oskar Floeck, Bad Ems
Herr Michael Stoll, Rhein-Lahn-Zeitung
Bürgerinnen und Bürger

Der **Vorsitzende** eröffnet die öffentliche Sitzung des Kreistags um 16.40 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Hinsichtlich der Tagesordnung weist er darauf hin, dass unter Tagesordnungspunkt 6 verschiedene Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen *Die Linke* und *CDU* aufgenommen worden seien.

Hinsichtlich des Antrags der Kreistagsfraktion *Die Linke* zur allgemeinen Wasserversorgung weist er darauf hin, dass der Kreistag gem. § 25 Landkreisordnung (LKO) für den Gegenstand der Beschlussfassung *nicht* zuständig sei, da es sich *nicht* um eine Selbstverwaltungsangelegenheit des Landkreises handele.

Des Weiteren weist er auf eine Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion vom 14. März 2013 zur Beratung über die Einführung des Katastrophenwarnsystems KATWARN als ergänzende Katastrophenwarnung für Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Lahn-Kreis hin. Dieses Warnsystem würde Anfang Juni in der Integrierten Leitstelle vorgestellt werden, so dass er im Anschluss an diesen Termin zunächst im Kreisausschuss entsprechend berichten werde.

Gegen die mit Schreiben vom 05. März 2013 vorgelegte Tagesordnung und die Erläuterungen werden in der Folge *keine* Einwendungen erhoben bzw. Änderungswünsche vorgetragen, so dass diese einstimmig wie folgt beschlossen wird:

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Verzichtserklärung des Rhein-Lahn-Kreises zur Planfeststellung der Deponie Singhofen
3. Änderung und Neufassung der Satzung des Rhein-Lahn-Kreises über die Erhebung einer Jagdsteuer
4. Beratung und Beschlussfassung über die Satzung und Richtlinien des Rhein-Lahn-Kreises über die Schülerbeförderung ab dem Schuljahr 2013/2014 (01.08.2013)
5. Bericht der Besuchskommission nach § 29 des Landesgesetzes für psychisch kranke Personen (PsychKG) über die Begehung des St. Elisabeth-Krankenhauses Lahnstein
6. Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder;
 - a) Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke vom 4.3.2013 zur öffentlichen Bekanntmachung der Durchwahlnummern von Behördenmitarbeitern der ARGE
 - b) Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke vom 4.3.2013 zum Thema Armutsbericht
 - c) Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke vom 4.3.2013 zum Thema Bürgerarbeit
 - d) Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke vom 4.3.2013 zur Leiharbeit bei Amazon
 - e) Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke vom 4.3.2013 zum Thema Sozialpass

- f) Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 13.3.2013 zur Beschließung der Resolution „Weniger Bahnlärm am Mittelrhein: Umsetzung eines Lärmschutz-Gesamtkonzeptes“
- 7. Einwohnerfragestunde
- 8. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

Punkt 1:

Genehmigung der Niederschrift

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass mit Schreiben vom 12.03.2013 die fehlende Anlage Nr. 2 zur Niederschrift der Kreistagssitzung am 10.12.2012 (*Haushaltsrede Herr Lammert*) mit der Bitte um Ergänzung nachgesendet wurde.

Gegen die allen Mitgliedern des Kreistags vorgelegte Niederschrift über die 15. Sitzung des Kreistags in der 9. Wahlperiode am 10. Dezember 2012 werden *keine* Änderungswünsche vorgetragen bzw. Einwendungen erhoben, so dass die Niederschrift einstimmig genehmigt wird.

Punkt 2:

Verzichtserklärung des Rhein-Lahn-Kreises zur Planfeststellung der Deponie Singhofen

Der **Vorsitzende** erläutert die Sitzungsvorlage und macht ergänzende Anmerkungen. Der Werksausschuss habe mit einstimmiger Beschlussfassung vom 28. Januar 2013 dem Kreistag empfohlen, den verbindlichen Verzicht auf alle für die Mülldeponie am Standort Singhofen (Flur 83, Parzellen 7-13 und tlw. 14) ergangenen Bescheide, Genehmigungen und sonstigen Gestattungen, soweit das Vorhaben „*Einrichtung und Betrieb einer Mülldeponie*“ noch nicht verwirklicht wurde, zu beschließen. Mit der vorgeschlagenen Beschlussfassung würde der Rhein-Lahn-Kreis auf den weiteren Ausbau des Deponiestandortes Singhofen über den noch in der Verfüllung stehenden Deponieabschnitt VI hinaus *verzichten*.

Ein wesentlicher Teil der seit 1974 abfallrechtlich planfestgestellten Fläche – die hinsichtlich der Abschreibungen und der Gebührenkalkulation auf das Jahr 2020 ausgerichtet sei – werde somit künftig für abfallwirtschaftliche Zwecke nicht mehr genutzt.

In diesem Zusammenhang gibt er auch einen kurzen Rückblick über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zwischen der Ortsgemeinde Singhofen und dem Rhein-Lahn-Kreis. So habe man im Jahr 2005 erste Überlegungen hinsichtlich eines Deponieabschnitts VII angestellt und mit den Verhandlungen begonnen, die jedoch erst ab dem Jahr 2008 intensiviert worden seien.

Letztlich sei jedoch die Entscheidung des Ortsgemeinderates Singhofen für den Kreis aus wirtschaftlichen Gründen nicht annehmbar gewesen, so dass die Herrichtung und Betreibung eines Deponieabschnitts VII für die künftige Entsorgung mineralischer Abfälle – hierfür wäre ein Invest in Höhe von ca. 12 - 13 Mio. € notwendig geworden – nicht zu realisieren gewesen sei.

Ohne Aussprache beschließt der Kreistag einstimmig den **verbindlichen Verzicht** auf alle für die Mülldeponie am Standort Singhofen, Flur 83, Parzellen 7-13 und tlw.14, ergangenen Bescheide, Genehmigungen und sonstigen Gestattungen, soweit das Vorhaben – Einrichtung und Betrieb einer Mülldeponie – noch nicht verwirklicht wurde.

In der Folge **verzichtet** der Rhein-Lahn-Kreis auf den weiteren Ausbau des Deponiestandortes Singhofen über den noch in der Verfüllung befindlichen Deponieabschnitt VI hinaus.

Punkt 3:

Änderung und Neufassung der Satzung des Rhein-Lahn-Kreises über die Erhebung einer Jagdsteuer

Der **Vorsitzende** erläutert die Sitzungsvorlage und informiert, dass der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 11.03.2013 einstimmig die Zustimmung zu dem vorliegenden Satzungsentwurf empfohlen habe.

Ohne Aussprache beschließt der Kreistag einstimmig bei einer Stimmenthaltung die Neufassung der „Satzung des Rhein-Lahn-Kreises über die Erhebung einer Jagdsteuer“ gemäß der zur Sitzungsvorlage vom 04.03.2013 beigefügten Anlage 3.

Punkt 4:

Beratung und Beschlussfassung über die Satzung und die Richtlinien des Rhein-Lahn-Kreises über die Schülerbeförderung ab dem Schuljahr 2013/2014 (01.08.2013)

Der **Vorsitzende** erläutert die Sitzungsvorlage und informiert, dass der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 11.03.2013 einstimmig die Zustimmung zu dem vorliegenden Satzungsentwurf sowie den entsprechenden Richtlinien empfohlen habe.

Ohne weitere Aussprache beschließt der Kreistag mit 39 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen* die Satzung und die Richtlinien des Rhein-Lahn-Kreises über die Schülerbeförderung ab dem Schuljahr 2013/2014 in den aktualisierten Fassungen gemäß den zur Sitzungsvorlage vom 04.03.2013 beigefügten Anlagen.

** Herr Bingel hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.*

Punkt 5:

Bericht der Besuchskommission nach § 29 des Landesgesetzes für psychisch kranke Personen (PsychKG) über die Begehung des St. Elisabeth-Krankenhauses Lahnstein

Der **Vorsitzende** erteilt Frau Laschet-Einig, Sprecherin der Besuchskommission, das Wort.

Frau Laschet-Einig erläutert die vorliegende Sitzungsvorlage mitsamt des Berichts der Besuchskommission über die jährliche Begehung der psychiatrischen Station des St. Elisabeth-Krankenhauses in Lahnstein am 29.08.2012. Dabei geht sie insbesondere auf die räumliche Situation der Station ein, die aufgrund der Enge zu unerträglichen Problemen bei den Behandlungen führe und den Bedürfnissen der Patienten nicht annähernd gerecht werde. Da in absehbarer Zukunft die Schwesternräume aufgegeben würden, könnte durch eine zusätzliche Nutzung dieser Räumlichkeiten jedoch gegebenenfalls Abhilfe für diese Problematik geschaffen werden. Eine Antwort der Klinikleitung hierzu stehe allerdings derzeit noch aus.

Es findet eine allgemeine Aussprache statt. Dabei beantwortet **Frau Laschet-Einig** verschiedene Nachfragen von **Herrn Puchtler, Herrn Lenz, Herrn Kring** und **Herrn Konrad**.

Die **Fraktionsvorsitzenden** bedanken sich bei Frau Laschet-Einig für den sehr ausführlichen Bericht und sprechen ihr, den übrigen Mitgliedern der Besuchskommission sowie den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit in diesem sehr schwierigen Bereich aus.

Auch der **Vorsitzende** bedankt sich abschließend für den vorgetragenen Bericht und den engagierten Einsatz aller Beteiligten. Er nehme den Bericht und die heutige Diskussion zum Anlass, mit Herrn Unkel, dem kaufmännischen Direktor des St. Elisabeth-Krankenhauses, insbesondere nochmals die Thematik der räumlichen Enge auf der psychiatrischen Station zu erörtern, um zu einer zufriedenstellenden Lösung in dieser Angelegenheit zu kommen.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen den Bericht der Besuchskommission und die Informationen zur Kenntnis.

Punkt 6:

Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder;

a) Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke vom 04.03.2013 zur öffentlichen Bekanntmachung der Durchwahlnummern von Behördenmitarbeitern der ARGE

Der **Vorsitzende** erläutert den Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke vom 04.03.2013 zur öffentlichen Bekanntmachung der Durchwahlnummern von Behördenmitarbeitern der ARGE bzw. des Jobcenters.

Das Jobcenter Rhein-Lahn sei über verschiedene Telefonnummern erreichbar, die alle zum Service-Center Wetzlar geleitet und dort von Servicemitarbeitern bearbeitet würden. Kurzanliegen könnten dort unmittelbar und weitestgehend abschließend erledigt werden. Soweit

ein Anliegen nicht zu lösen ist, sende das Service-Center eine E-Mail mit der aufgetauchten Problemstellung an den zuständigen Sachbearbeiter, der dann innerhalb von möglichst 48 Stunden mit einer Problemlösung zurückzurufen habe.

Das Service-Center werde dem Jobcenter über die angebotenen SGB II-Dienstleistungen zur Verfügung gestellt. Diese Dienstleistung seien durch Beschluss der Trägerversammlung für die Dauer von drei Jahren eingekauft worden. Laut Auskunft der Geschäftsführung sei man mittlerweile mit der zur Verfügung stehenden Erreichbarkeit und der vom Service-Center erbrachten Erledigungsquote zufrieden; Negativberichte lägen nicht vor.

Aktuell werde seitens des Jobcenters daher keine Trennung vom Service-Center angestrebt – dies bedeute gleichzeitig, dass es nicht beabsichtigt sei, die Durchwahlnummern der einzelnen Mitarbeiter/innen öffentlich zu machen.

Dazu wäre im Übrigen ein entsprechender Beschluss der Trägerversammlung erforderlich, so dass ein Kreistagsbeschluss lediglich die kommunalen Mitglieder der Trägerversammlung binden würde. In der Trägerversammlung hätten sowohl das Jobcenter als auch der Kreis jeweils drei Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheide die Stimme der/s Vorsitzenden; diese Funktion übe zurzeit die Bundesagentur für Arbeit aus.

Nachdem **Herr Schneider** und **Herr Lenz** ihren Antrag nochmals erläutert haben, folgt eine allgemeine Aussprache. Dabei wird der Antrag von den übrigen Fraktionen insbesondere dahingehend scharf kritisiert, dass die telefonische Erreichbarkeit der Mitarbeiter/innen des Jobcenters durch Kontrollanrufe der Kreisverwaltung kontrolliert werden solle.

Der Kreistag lehnt den Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke vom 04.03.2013 zur sofortigen Offenlegung der Durchwahlnummern von Behördenmitarbeitern der ARGE bzw. des Jobcenters Rhein-Lahn mit 2 Ja-Stimmen, 38 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich ab.

b) Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke vom 04.03.2013 zum Thema Armutsbericht

Der **Vorsitzende** erläutert den Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke vom 04.03.2013 zur Erstellung eines Armutsberichts für den Rhein-Lahn-Kreis.

Die Fachabteilung habe aufgrund des Antrags Kontakt mit der Sozialabteilung der Kreisverwaltung Bad Kreuznach aufgenommen und hinsichtlich deren Armutsberichts einige Informationen erhalten.

Der Armutsbericht Bad Kreuznach sei demnach *kein* Bericht der Verwaltung. Er sei stattdessen von Akteuren verfasst worden, die tagtäglich direkt mit Armutslagen von Menschen konfrontiert seien – entweder professionell oder ehrenamtlich.

Die Erstellung des Berichts und Moderation der Arbeitsgruppen erfolgte extern durch Herrn Prof. Dr. Detlef Baum von der Hochschule Koblenz. Für die redaktionelle Aufarbeitung seien personelle Ressourcen durch die Verwaltung zur Verfügung gestellt worden. Die Erstellung des Berichts – der *nicht* in jährlichen Abständen fortgeschrieben werde – habe rd. zwei Jahre gedauert. Der Armutsbericht empfehle mögliche Strategien der Armutsbekämpfung im

Rahmen eines integrierten Handlungskonzepts – die allerdings *nicht* verbindlich beschlossen seien.

Eine externe Vergabe und Begleitung sei laut Auskunft der Sozialabteilung der Kreisverwaltung Bad Kreuznach unerlässlich, da das umfassende Knowhow in der Verwaltung i. d. R. nicht vorhanden sei und die Akzeptanz nur durch externe Begleitung sichergestellt werden könne. Hierfür würden Kosten in Höhe von schätzungsweise rund 50.000,- € entstehen. Hinzu kämen gegebenenfalls noch Kosten für die Fortschreibung des Armutsberichts, die jedoch nicht abschätzbar seien.

Weiterhin führt er aus, dass es aus Sicht der Fachabteilung zum jetzigen Zeitpunkt *nicht* sinnvoll sei, einen Armutsbericht des Rhein-Lahn-Kreises nach dem Muster von Bad Kreuznach zu erstellen, da der Kreis mit der Erstellung des Kreisentwicklungskonzeptes einen anderen Weg gehe.

Auf Basis des Kreisentwicklungskonzeptes sollen ebenfalls Handlungsstrategien für die Politik entwickelt werden. Hier könnte Armut neben Demografie durchaus ein eigenes Handlungsfeld sein. Auf alle Fälle würde mit dem Armutsbericht zum jetzigen Zeitpunkt ein Projekt angestoßen, das zumindest Teilbereiche betrachte, die später sicherlich aus Empfehlungen des Kreisentwicklungskonzeptes heraus ebenfalls betrachtet würden. Insoweit sollte man den Aspekt Armut bei der Betrachtung von einzelnen Handlungsstrategien aus dem Kreisentwicklungskonzept heraus als einen Unterpunkt mit einfließen lassen.

Hinsichtlich der Forderung, dass der Armutsbericht u. a. die Anzahl der Bezieher der Grundsicherung, Hilfen zum Lebensunterhalt, Arbeitslosengeld II, Anzahl der „Aufstocker“ und alle weiteren Zuwendungen aus dem Haushalt des Rhein-Lahn-Kreises enthalten solle, weist der **Vorsitzende** darauf hin, dass sich allein die Darstellung dieser Zahlen nicht als Armutsbericht bezeichnen lassen könne. Sofern alle weiteren Zuwendungen aus dem Haushalt des Kreises enthalten sein sollen, wäre dies lediglich eine detailliertere Darstellung des Haushaltes, die aber keine Rückschlüsse auf die Armutssituation im Kreis zulasse.

Im Produkt 3122 „Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes“ sei beispielhaft im Haushalt bereits jetzt die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Juli eines Jahres immer für die drei Vorjahre dargestellt. Entsprechende Darstellungen könnten künftig auch beispielsweise für das Produkt 3112 „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ vorgesehen werden. Eine Aussage oder ein Rückschluss in Bezug auf die Armutssituation lasse sich aus diesen Zahlen allerdings nicht ableiten.

Er empfehle dem Kreistag, den vorliegenden Antrag abzulehnen und die Ergebnisse des Kreisentwicklungskonzeptes abzuwarten. Er sagt in diesem Zusammenhang zu, den Kreishaushalt um die zuvor angesprochenen Kenn- bzw. Fallzahlen zu ergänzen.

Es folgt eine allgemeine Aussprache.

Herr Puchtler ist der Auffassung, dass das Geld lieber in andere, sinnvollere Projekte gesteckt werden sollte. Dies vor allem auch vor dem Hintergrund, dass im Kreishaushalt zumindest verschiedene Zahlen abbildbar seien und dass der Kreis die Thematik im Rahmen der Erstellung des Kreisentwicklungskonzeptes mit anpacken könne und werde.

Herr Neydek hält es grundsätzlich für positiv, sich ein Bild von der Situation zu machen. Jedoch vermisse er bei dieser Thematik die Handlungsmöglichkeiten der Kommunalpolitik. Seines Erachtens handele es sich vielmehr um eine bundespolitische Aufgabe, so dass Antworten auf anderer Ebene gefunden werden müssten. Darüber hinaus könne es sich der Kreis seines Erachtens finanziell auch nicht leisten, neben dem Kreisentwicklungskonzept zusätzlich noch einen Armutsbericht in Auftrag zu geben.

Herr Lenz weist darauf hin, dass ein gleichlautender Antrag im Landkreis Kusel angenommen worden sei. Auch sei in diesem Zusammenhang zu erwähnen und zu berücksichtigen, dass im Rhein-Lahn-Kreis zwar eine niedrige Arbeitslosigkeit herrsche, dafür aber auch nur geringe Löhne gezahlt würden.

Frau Becker spricht sich dafür aus, das Thema Armut in Kreisentwicklungskonzept mit einzuarbeiten. Auch weist sie darauf hin, dass der Kreistag im Rahmen des Haushaltsplanes jährlich über verschiedene Kennzahlen informiert werde, so dass man diesbezüglich schließlich nicht ahnungslos sei. Daher halte sie den vorliegenden Antrag für populistisch. Sie bittet den Vorsitzenden, in einer der nächsten Kreisausschusssitzungen über den Bedarf und die Nachfrage nach den Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zu berichten.

Herr Lammert hält es ebenfalls für sinnvoll, das Thema Armut im Kreisentwicklungskonzept aufzugreifen. Die Erstellung eines Armutsberichts halte er derzeit nicht für den richtigen Weg und verweist insbesondere auf die finanzielle Lage des Kreises.

Herr Hartmann ist der Auffassung, dass ein Armutsbericht ohne Handlungsfelder bzw. Handlungsmöglichkeiten keinen Nutzen für den Kreis habe.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, stellt der **Vorsitzende** den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

Der Kreistag lehnt den Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke vom 04.03.2013 zur Erstellung eines Armutsberichts für den Rhein-Lahn-Kreis mit 2 Ja-Stimmen, 41 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen mehrheitlich ab.

c) **Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke vom 04.03.2013 zum Thema Bürgerarbeit**

Der **Vorsitzende** erläutert und beantwortet die vorliegende Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke vom 04.03.2013 zum Thema Bürgerarbeit wie folgt: laut Auskunft des Jobcenters Rhein-Lahn habe es zu keinem Zeitpunkt über das Jobcenter Rhein-Lahn ein Projekt „Bürgerarbeit“ im Rhein-Lahn-Kreis gegeben.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Beantwortung der Anfrage und die Informationen zur Kenntnis.

d) Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke vom 04.03.2013 zum Thema Leiharbeit bei Amazon

Der **Vorsitzende** erläutert und beantwortet die vorliegende Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke vom 04.03.2013 zum Thema Leiharbeit bei Amazon in Koblenz und nimmt dabei Bezug auf die bereits in der Kreisausschusssitzung am 04.02.2013 gegebenen Informationen.

Die Ansiedlung von Amazon in Koblenz habe positive Auswirkungen auf den Stellenmarkt im Kreisgebiet – insbesondere im Bereich der „niederschweligen Arbeitsplätze“. Laut Mitteilung des Jobcenters Rhein-Lahn seien 243 Personen vermittelt worden, wovon nach derzeitigem Stand nur 70 Rückkehrer zu verzeichnen seien. Insgesamt sei dies also eine gute Chance für Menschen, insbesondere aus dem Harzt IV-Bereich, sich dort zu entwickeln und aus der Langzeitarbeitslosigkeit heraus zu kommen.

Weiterhin führt er aus, dass es beim Jobcenter *kein* Projektteam Amazon gebe; sämtliche Koordinierung erfolge über die Agentur für Arbeit Koblenz.

Ebenfalls informiert er, dass nach Kenntnis des Jobcenters Rhein-Lahn keine Arbeitslosen ohne Vergütung von Amazon beschäftigt würden. Amazon habe von Anfang an deutlich gemacht, dass keine vorgeschalteten Praktika vor der Einstellung und auch keine Einzelfallförderung erwartet würden. Bewerber aus dem Kreisgebiet seien immer unmittelbar eingestellt worden.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Beantwortung der Anfrage und die Informationen zur Kenntnis.

e) Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke vom 04.03.2013 zum Thema Sozialpass

Der **Vorsitzende** erläutert und beantwortet die vorliegende Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke vom 04.03.2013 zum Thema Sozialpass und nimmt dabei Bezug auf die Beratungen zu dieser Angelegenheit in den Jahren 2009 (Kreistagssitzung am 14.12.2009) und 2010 (Kreisausschusssitzung am 10.05.2010).

Die Verbandsgemeinden und die Stadt Lahnstein seien befragt worden, ob Vergünstigungen nachgefragt würden, ob ein Bedarf gesehen werde und wie die Notwendigkeit eines einheitlichen Dokumentes als Nachweis zur Inanspruchnahme von Vergünstigungen eingeschätzt werde. Insgesamt habe diese Befragung ergeben, dass *keine* Nachfrage einer Ausweitung der bereits bestehenden Vergünstigungen bestehe. Ebenso sei auch die Notwendigkeit der Einführung eines Nachweisdokumentes – beispielsweise eines Sozialpasses – *nicht* bestätigt worden.

Des Weiteren sei in diesen Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass durch die Leistungen des mittlerweile eingeführten Bildungs- und Teilhabepaketes bereits viele Vergünstigungen, zu denen der Sozialpass berechtigen sollte, bereits abgedeckt seien. Dazu gehörten u. a. das gemeinschaftliche Mittagessen in Schulen und Kindertagesstätten, ein- oder mehrtägige Klassenfahrten und Ausflüge, Schulbedarf, Vereinsbeiträge und Ferienfreizeiten. Die Inanspruchnahme dieser Leistungen sei seit der Einführung deutlich gestiegen, so dass das Bildungs- und Teilhabepaket mittlerweile etabliert sei.

Somit bestehe durch die Deckung der Bedarfe durch Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket eigentlich kein Raum mehr für einen Sozialpass.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Beantwortung der Anfrage und die Informationen zur Kenntnis.

f) Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 13.03.2013 zur Beschließung der Resolution „Weniger Bahnlärm am Mittelrhein: Umsetzung eines Lärmschutz-Gesamtkonzeptes“

Der **Vorsitzende** verweist auf den vorliegenden Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 13.03.2013 zur Beschließung der Resolution „Weniger Bahnlärm am Mittelrhein: Umsetzung eines Lärmschutz-Gesamtkonzeptes“. Er empfehle dem Kreistag die Zustimmung zu der Resolution und bittet Herrn Lammert, diese näher zu erläutern.

Herr Lammert erläutert den Antrag sowie den Resolutionstext im Detail.

Es findet in der Folge eine allgemeine Aussprache statt; dabei werden verschiedene Ergänzungsvorschläge angebracht.

Herr Puchtler schlägt hinsichtlich der wirksamen Gestaltung der lärmabhängigen Trassenpreise (Ziffer 3) vor, dies schärfer zu formulieren. So sollte seines Erachtens hinsichtlich der Gestaltung der lärmabhängigen Trassenpreise *analog dem Verfahren in der Schweiz* verfahren werden. Darüber hinaus schlägt er vor, die Resolution dahingehend zu erweitern, dass die *Zulassung von längeren Güterzügen im Mittelrheintal abgelehnt* werde.

Herr Kring regt an, dass die lärmabhängigen Trassenpreise *unverzüglich* kontinuierlich überprüft und angepasst werden sollten.

Herr Konrad ist der Auffassung, dass man vor allem praktisch tätig werden müsse. Nur eine Resolution zu beschließen habe seines Erachtens nicht genügend Durchschlagskraft.

Bezugnehmend weist der **Vorsitzende** darauf hin, dass – neben einer aktiven Präsenz vor Ort – auch die Positionierung des Kreises von großer Bedeutung sei. Daher halte er die Resolution für wichtig.

Er informiert in diesem Zusammenhang, dass die nächste Demonstration gegen Bahnlärm in Bonn stattfinde.

Anmerkung zur Niederschrift:

Die Demo findet am Sonntag, den 28. April 2013, ab 15.00 Uhr am Bonner Hauptbahnhof mit anschließendem Demonstrationszug zum Marktplatz zur Kundgebung statt. Redner sind u. a. Herr Dr. Rink (Probst Ev. Kirche Hessen-Nassau) und Herr Oberbürgermeister Nimptsch.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Resolution „Weniger Bahnlärm am Mittelrhein: Umsetzung eines Lärmschutz-Gesamtkonzeptes“ mit den vorgetragenen Änderungsvorschlägen (**Anlage**).

Auf Nachfrage von **Herrn Lenz** hinsichtlich der Finanzierung der Sanierung des Oranienbaudes Diez informiert der **Vorsitzende** kurz, dass im Nachtragshaushaltsplan des Landes seines Wissens kein entsprechender Ansatz vorgesehen sei.

Punkt 7:

Einwohnerfragestunde

Es liegen *keine* Einwohnerfragen vor.

Punkt 8:

Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes;

a) Erschütterungsmessungen im Mittelrheintal

Unter Bezugnahme auf die Sitzung des Kreistags am 15.10.2012 und die Anträge der FWG-Kreistagsfraktion zur Vornahme von Erschütterungsmessungen im Mittelrheintal und der Aufnahme einer rechts- bzw. linksrheinischen Alternativtrasse insbesondere für den Güterverkehr der Bahn in das LEP IV, weist der **Vorsitzende** auf das am 28.02.2013 eingegangenen Schreiben des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten hin und gibt verschiedene Erläuterungen.

Herr Scholl ist der Auffassung, dass man diese Thematik weiterverfolgen sollte, da die gestellten Fragen noch nicht alle konkret beantwortet worden seien.

Bezugnehmend sagt der **Vorsitzende** zu, diese Thematik in der kommenden Sitzung des Kreisausschusses nochmals zu erörtern.

b) Tagungsbericht 15. Umwelttag

Der **Vorsitzende** verweist auf den ausgeteilten Tagungsbericht zum 15. Umwelttag des Rhein-Lahn-Kreises und des Naturparks Nassau am 17.06.2012.

c) Kunstaussstellung „Magie der Farbe“ im Kreishaus

Der **Vorsitzende** weist auf die im Sitzungssaal und Foyer ausgestellten Werke des Künstlers Michael Karst hin. Die Ausstellung „Magie der Farbe“ könne bis einschließlich 12.04.2013 während der regulären Dienstzeiten besucht werden.

d) Nachfrage von Herrn Wolf zum Zweckverband „Welterbe Oberes Mittelrheintal“

Auf Nachfrage von **Herrn Wolf** hinsichtlich der Mitgliedschaft des Kreises im Zweckverband „Welterbe Oberes Mittelrheintal“ und den Fördermöglichkeiten gibt der **Vorsitzende** verschiedene Informationen.

So fördere der Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal die Region zwischen Bingen / Rüdesheim und Koblenz / Lahnstein auf sehr unterschiedliche und vielfältige Weise, wobei der Schwerpunkt auf die Förderung und Entwicklung von verschiedenen Projekten und Einzelmaßnahmen – insbesondere zum Erhalt, der Pflege und der Weiterentwicklung des Welterbegebietes – gesetzt werde.

Die finanzielle Unterstützung der Projekte und Maßnahmen seitens des zuständigen Wirtschaftsministeriums sei anlassbezogen und falle somit unterschiedlich aus. Für weitere Fragen stünden die Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle in St. Goarshausen gerne zur Verfügung.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf mehr ergibt, schließt der **Vorsitzende** die 16. Sitzung des Kreistags in der 9. Wahlperiode um 18.35 Uhr.

Der Vorsitzende:

gez.

(Günter Kern)
Landrat

Der Schriftführer:

gez.

(Manuel Minor)